

Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 383 Jahrgang 212



Bezugspreis: 64 Hefen und Posten monatlich RM. 1,60, vierteljährlich RM. 4,50 mit Post. Durch die Post monatlich RM. 1,65, vierteljährlich RM. 4,50 außer Post. **Abend-Ausgabe** **Anzeigenpreis:** Die Ztg. 38 mm breite 110-Querlinie 20.4. Die Ztg. 90 mm breite 110-Querlinie 60.4. Raum nach Art. Erklärungen Seite 2. **Geschäftliche Berlin:** Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurier Nr. 6280. **Städtische Berliner Schriftleitung:** — Verlags- und Druck von Otto Klett, Halle-Saale.

Neueste Tagesnachrichten

- Die oberste Gewalt in Ungarn wurde dem Erzherzog Joseph übertragen.
- Die Tarifverhandlungen in der Metallindustrie haben zu einer vollen Einigung geführt.
- Die französische Kammer nimmt die Liquidierung sequenzierter deutscher Werte in Frankreich an.
- Schaatskanzler Frenkel ist nach Ueberreichung der Note nach Wien zurückgekehrt.
- Vom 1. Oktober ab wird die deutsche Sprache in den schifflichen Schulen abgelehrt.
- Der englische Wäckerleil hat einen großen Umfang angenommen. In der ganzen Streikbewegung zeigt sich ein energischer Zug nach links.

Erzherzog Joseph Regent von Ungarn

Wien, 7. August.
Gestern um 11 Uhr abends erschienen im Ministerpräsidenten General Schönerer, der Politische-Deviseninspektor Wolfenbarger der frühere Sekretär des Nationalrats Dr. Fritsch und der gewählte Reichsrath im ungarischen Kriegsministerium Franz Sillner und berieten die erste zur Beratung vorgelegten Minister auf, die sich mit der Regierung, daß die Regierung nicht die Gesamtigkeit der Nation vertrete. Nach einer kurzen Beratung beschloß die Regierung, zu konfirmieren. Die Entente mission übertrug die oberste Gewalt Erzherzog Joseph, der den gewählten Reichsrath im Kriegsministerium Stephan Friedrich zum Ministerpräsidenten ernannte. Mit der Zeitung des Ministeriums ist Herrscher wurde General Zengels, mit der Zeitung des Kriegsministeriums General Schönerer betraut. In der Nacht herrschte Ruhe. Die Minister der Entente mission hielten eine gemeinsame Beratung ab, zu welcher auch Erzherzog Joseph und Ministerpräsident Friedrich zugezogen wurden. Die Beratungen galt den wichtigsten Fragen, wobei jedes Einzelne erörtert wurde. Der Präsident der Reichskommission Clemenceau und die ausländischen Vertreter wurden von dem Ergebnis der Beratungen sofort verständigt.

Nach amtlicher Mitteilung aus Budapest hat der ungarische Minister des Auswärtigen und der Minister für Handel und Landwirtschaft im Namen der neuen ungarischen Regierung folgende Erklärung zur Veröffentlichung in der reichsdeutschen Presse abgegeben:
1. Das Privatvermögen der ungarischen und ausländischen wird von der Regierung respektiert.
2. Den Ausländern und Besatzungsrechtlern wird wieder freie Verfügung über ihre Vermögen, Einlagen und Einkünfte gestattet. Die ungarische Regierung wird die notwendigen Bedingungen schaffen, um die Ausländer und die Ausländerigen den Besitz, so daß sich noch weitere Anmeldungen bezüglich des Schutzes des Vermögens erübrigen. Dem deutschen Besatzungsamt wird die Ermächtigung erteilt, sich jedes Kommando von den Besatzungsamt über die Vermögensübernahme zu übernehmen.
3. Es erfolgt Freigabe des Handels.
4. In den nächsten Tagen wird die Regierung mit dem Ausbau der Sozialisierung im allgemeinen beginnen. Über die Befreiung der oberen Ebene, über die Finanz- und Wirtschaftlichen Angelegenheiten, wird die ungarische Regierung die Nationalversammlung für Ende August einberufen werden. Dies soll, wünschenswert, es erfolgt jedoch nach im Laufe der Woche bedingungslos Freigabe aller Betriebe von Ausländern, die bereits sozialisiert waren, und die Wiedereinrichtung der Eigentümer in ihren früheren Besitz.
5. Nach Wiedereinrichtung geordneter Justiz werden durch besondere Verfügung für die Entschädigung Reichsbesitzer, die Schäden infolge von Maßnahmen der Kriegeregierung erlitten haben, erfolgt werden.

Unmöglichkeit Bedingungen

(Eigene Drehmeldung der S. B.)
Wien, 7. August.
Die ungarische Regierung überreichte auf die Forderungen der Rumänen folgende Antwort an den englischen General Gordon, Leiter der Budapest Entente mission:
Die ungarische Volksempfänger erhielt am 5. August die ungarischen Bedingungen im Namen des rumänischen Kommandanten. Die ungarische Volksempfänger hat bereits am 18. November 1918 mit den autorisierten und autorisierten Mächten der Entente einen Waffenstillstand geschlossen, doch machen ihre neuen Waffenstillstandsbedingungen einer der Entente-mächte die Erfüllung der Bedingungen des im November geschlossenen Waffenstillstands unmöglich. Die ungarische Volksempfänger erfüllt eine Pflicht, wenn sie die Entschädigung in dieser Frage in die Hände der Entente-mächte legt. Infolgedessen bietet die Regierung der ungarischen Volksempfänger die ungarische Vertreter der Entente-mächte, sie möchten die im Namen der rumänischen Hauptquartiers eingelangten Forderungen in merito erledigen.
Der kommandierende rumänische General hat mit der Entente-mächte der gesamten bewaffneten Macht Rumäniens begonnen. Die Sicherheit wird durch rumänische Militärschiffe aufrechterhalten. Die Polizei wird neu organisiert.

Wien, 7. August.
Aus Budapest wird gemeldet: Zu den ursprünglich eingeplanten 80 000 Mann rumänischer Truppen kommen immer

mehr Verstärkungen. Nun befinden sich nicht weniger als 70 000 Mann in und um Budapest. Die Wiener Entente-Vertreter haben den mit ihnen in Beratung stehenden ungarischen Politikern wiederholt versichert, daß die Entente alles tun wird, um der rumänischen Forderung jeden anderen Charakter als den einer Sanktionsmaßregel zu nehmen. Graf Julius Andrássy ist gestern abend aus der Schweiz in Wien angekommen. Die Ententevertreter hoffen, daß es Andrássy gelingen wird, die Einigung zwischen den Parteien in Ungarn herbeizuführen.

Weiter wird aus Budapest berichtet, daß König Ferdinand von Rumänien seinen Plan seines Einzuges, wenn nicht aufgeheben, so doch bis auf weiteres verschoben hat. Wie es gerüchtelt wird, weil auf ihm kein Einzug ein Zeitverzug geplant sein sollte. Wahrscheinlicher ist aber, daß der König seinen Plan zurückgezogen hat auf Anraten der Entente mission. Die Abendblätter melden aus Budapest: Die planmäßigen Plünderungen der rumänischen Soldaten im Verein mit dem Budapest Straßenräuber begangen damit, daß mehrere Häuser und Kaufhäuser überfallen wurden. Sodann drang man in die Bäckereien ein und raubte sie vollständig aus. Der Wert des aus den aus dem Gendarmenpostamt gestohlenen Gütes zählt noch Millionen. Im westlichen Bezirk wurden vier Privatisten geblieben. Benachteiligten werden auch aus den Nachbarstädten gemeldet, wo die Rumänen Viehherden, Hühner und Schweine, wegrieben. Gleichzeitig zieht unter dem Schutz der Rumänen eine heftige und reaktionäre Bewegung ein, infolge deren es zu Revolution gegen die Juden kam, wobei die in der jüdischen Mensa academia befindlichen Studenten blutig getötet wurden. Auch aus Westungarn treffen beunruhigende Nachrichten über die Aufwiegelung der dortigen Bauern durch die Szegediner Regierung ein.

Amherst, 7. August.
Der Oberste Rat in Paris hat beschlossen, die Wodacade gegen Ungarn aufzuheben.

Keine Milde für Oesterreich

Wien, 6. August.
Ministerpräsident Clemenceau gab Parlamentarier gegenüber die Erklärung ab, daß der den österreichischen Delegierten vorgelegte Friedensvertrag nur ganz unabweisliche Änderungen erfahren würde. Die einzige Änderung bestünde darin, daß die Wiederherstellungskommission nur einige besonders harte Bestimmungen mildern werde.

Oesterreichs Antwortnote

St. Germain, 7. August.
Die deutsch-österreichische Note erinnert daran, daß die Friedebedeutung wiederholt darauf gebrungen habe, die finanzielle Auseinandersetzung zwischen den früheren Besatzern der Monarchie einer Kommission zusammenzuführen. Was die Verteilung der Schulden anbelangt, so würden die diesbezüglichen Klauseln des Vertrages, wenn sie un- verändert blieben, den Staat und seine Bürger zu einem ganz ungerechten Bankrott treiben. Die Verpflichtungen des alten Oesterreich bezüglich der Kriegsschulden seien für 24 von 80 Millionen seiner Staatsangehörigen als nicht bindend erklärt worden, während doch die Verpflichtungen Deutsch-Oesterreichs ganz die gleichen sind, wie die der anderen Reichsteile. Abgesehen von der Bankrottenschuld ergibt sich aus den Klauseln des Friedensvertrages für Deutsch-Oesterreich eine Schuldlast von rund 40 Milliarden. Es sollen also zwei Drittel der gesamten Schulden des österreichischen Staates, ohne die Kriegsschuld, ein fünfzigster Teil der Bevölkerung aufgelastet werden. Die Gesamtschuld in Deutsch-Oesterreich, die nach dem letzten Budget 2 Milliarden betragen würde, reicht gerade hin, um die Schulden zu decken, ohne daß irgend etwas für die unbedingt notwendigen Staatsausgaben übrig bleibt. Die Note beantragt, daß die Aufteilung der Schulden der Reparationskommission überlassen bleiben solle.

Die Note weist ferner darauf hin, daß der deutsch-österreichischen Republik durch Artikel 202 ein ganz unerschöpflicher großer Teil der über 60 Milliarden betragenden Reparationsaufgabe aufgegeben wird. Die Note macht weiter darauf aufmerksam, daß die deutsch-österreichischen Schuldner ihre in ausländischer Währung kontrahierten Schulden nur bei Gewährung langjähriger Fristen und neuer Kredite werden begleichen können. Die Forderung, daß sie ihre auf Kronen lautenden Schulden in ausländischer Währung einlösen soll, ist unerfüllbar und würde alles zum Konkurs treiben. Eine Erhebung bei einigen Wiener Banken ergab, daß Angehörige der Nationalstaaten bei ihnen 300 Millionen Gulden besitzen, für die nach dem Umrechnungsfußfuß 2500 Millionen zu bezahlen wären. Der Verlust beträgt ein Vielfaches des gesamten Kapitals dieser Banken und müßte zu ihrem Bankrott führen.

Diese Mantelnote ist von umfangreichen Vorschlägen zu den territorialen und politischen Fragen und deren Begründung begleitet.

Ein unerwarteter Erfolg

Die entfallenen Entfaller.

Der parlamentarische Seite wird aus geschrieben:
Der Erfolg der Entfallungstamponage läßt sich jetzt einigmaßen in zwei Richtungen überlegen: erstens mit Bezug auf die derzeitige Regierung, zweitens im Hinblick auf die Beurteilung der politischen Lage. Die die Arbeiterbewegung betrifft, so haben sie und ihre Gefolger bei der Sache ziemlich Schaden genommen. Herr Erzberger wurde bereits in so und so vielen Punkten der bewußten oder minder bewußten Unwahrheit überführt, teils in seinen früheren Behauptungen bezüglich der „Reinlichkeitsfällen Zeitung“ und des Abgeordneten Schulz-Premerberg, teils wegen der Darstellung der Vorgänge im September 1917. Dierckhals hat nun auch, wie man erfährt, der Gefolgte von Herrn bereits die Leiter der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes seinen Namen genannt, weil er sich außerhalb sieht, die Erzbergerische Fälschung amtlich mit seiner Person zu belegen. Gleichzeitig hat die Erweiterung der Erzberger-Debatte in der ausländischen, sowohl der neutralen wie der Entente-Pressen gezeigt, daß Herr Erzberger trotz seiner Verdienste um die Entente seit der ersten moralischen Geringschätzung errettet, die an sich hinreichen sollte, um ihn auf einem deutschen Ministerposten unmöglich zu machen, gerade wenn man auf dem Standpunkt steht wie die Herren von der letzten Wehrzeit, daß Deutschland sich wieder um des Vertrauens des Auslandes zu bemühen hat.

Für die Revolutionäre selbst hat das Weichbild die höchst unangenehme Folge gehabt, daß nunmehr offenkundig vor aller Augen liegt, welche Verlogenheit die Behauptung darstellt, die Revolution sei ein Erfolg des militärischen Zusammenstoßes gewesen. Umwidert läßt trotz aller Färbung das Weichbild erkennen, daß tatsächlich die Revolution und nur sie die Schuld an dem deutschen Zusammenbruch trägt, die Revolution allerdings nicht erst vom 9. November, sondern bereits die die als fälschendes Gift seit Ende und Tag Keim und Samen verstreut. Diese fälschliche Vermischung der deutschen Volkstrost führt eine Verwicklung, die in weiten Kreisen verbreitet zu werden verdient, und es ist sicher, daß die Herren von der Finke, die mit diesem Material den Volkstrost glauben eröffnen zu können, die Leichtfertigkeit dieses Entschlusses noch oft bereuen werden.

Die ganze Entfallungstamponage war gedacht als Schlag gegen die Oberste Heeresleitung, gegen die Kreise, die als Hüter der Autorität der Revolution unter dem Vorwand des Auslandes an die Spitze des Landes, an dem wir tatsächlich auszuhalten gewonnen sind, der vollendeten Schwäche und Unfähigkeit der früheren Regierung, zu einer früheren Anklage aber auch der Parteien, die zu einem großen Teil diese Schwäche und Unfähigkeit verurteilt bzw. gesteigert haben, indem sie sich Einflußnahmen anmaßten, für die ihre politischen Kräfte und Verbindungen in keiner Weise ausreichten. Ganz besonders markant tritt dieses Letztere hervor in dem Umschnitt der rein parlamentarischen Regierung unter dem Vorwand des Auslandes, wie er sich dem kritischen Leser nach dem Weichbild darstellt. Es ist geradezu erschütternd, heute zu sehen, von welcher absoluten Hilf- und Entschlußlosigkeit in der Zeit nach dem Waffenstillstandsangebot die deutsche Regierung war, wie die maßgebenden Personen, vor allen Dingen die parlamentarischen Staatssekretäre, halt- und kritiklos hin- und hergeschaukelten, ihren Entschluß zu folgen wollten, nur das eine Ziel mit allerdingen besorglicher Konsequenzen verfolgten: sich selbst von jeder verantwortlichen Entscheidung fernhalten und die Verantwortung auf das Militär hinüberwälzen.

Darum, daß ihnen das nicht in vollem Umfang gelungen ist, macht jetzt die Presse der Linken den militärischen Stellen einen Vorwurf und behauptet, von ihnen sei niemals eine klare Entscheidung zu erhalten gewesen. Das ist doch wieder charakteristisch für die Unklarheit dieser Köpfe. Abklärung hatten sie gegen die vermeintliche Militärleitung gesteuert, jahrelang gefordert, endlich müsse nur die Militärregierung dahin kommen, die Politik unter eigener Verantwortlichkeit zu machen, die Entscheidung über Deutschlands Schicksal aus eigenem zu fällen. Jetzt plötzlich entdecken sie, daß es die Aufgabe der Militärs gewesen wäre, diese Funktion auszuüben und machen ihnen einen Vorwurf daraus, daß sie sich darauf bedrängten haben, der zivilen Regierung die militärischen Unterlagen zur Beurteilung der Situation zu geben.

Die Schwäche und Entschlußlosigkeit hatte hier keine anderen Folgen, als sie sie überall hat: die Gesamtheit der Soldaten in der Heimat, dem Heilwehempfänger und den Engländern an dem Ort, hier in Deutschland, die Energie aber nur Herr Scheidemann. Als Führer der Mehrheitssozialisten war er ins Kriegsministerium eintrat mit der klaren Karole, für den Frieden um jeden Preis zu wirken. Und er hat unentgeltlich auf die Kapitulation hingearbeitet, hat in dieser Beziehung den Kampf gegen die Meinung der Militärs auf-

benennen. Und er hat diesen Kampf gewonnen und die gesamte Regierung auf seinen Standpunkt der weichen Seite zu vereinigen gewußt. Das ist mit kurzen Worten das Ergebnis des Entwurfsverfahrens, soweit er bisher vorliegt, für die angehende und für die vorrevolutionäre Reichsregierung. Interessante Streitfragen allerdings sind dabei auch bereits auf die Art gefallen, wie der von den Linken als Ideal betrachtete Herr von Bülow in dem verhandelten hat, die politische Verantwortlichkeit der Seite, mit denen er im Deutschen Reichstag zu tun hatte, auszumachen.

Die Mitteilungen, die darüber Herr Scheidemann nach seinen Tagebuchaufzeichnungen gemacht hat, zeigen Herrn v. Bülowen zwar als einen sehr doppelgängerischen und skrupellosen Mann, die von ihm Geleiteten aber doch schließlich als politische Rottel. Das die es vermochten, sich an die Spitze des Deutschen Reiches zu stellen, als dieses seinen kritischen Augen entgegenstand, liegt an Verhältnissen, auf die in der weiteren Entwicklung der Geschichte über die Ursachen des Zusammenbruchs noch wesentlich mehr Licht fallen wird. Dann nämlich, wenn die Rückführung nachwärts verfolgt sein wird bis zu den Zeiten des Vaters der deutschen Niederlage, des Herrn von Bismarck.

Die Reichsbehörden gegen Lebensmitteleinfuhr

Seit der Unterzeichnung des Friedens hat aus dem besetzten Gebiete des Rheinlandes eine Massen-Einfuhr von Lebens- und Genussmitteln eingeleitet, die im Reich weiter vertrieben werden. Die Behörden haben in der letzten Zeit, worauf der „Tag“ hinweist, auf diese Handelsgefährliche, für besonders Augenmerk gerichtet und verschiedentlich große Sendungen, die in Eingefahrenen zu zehn Eisenbahnwaggons umfassen, beschlagnahmt, welche Material dem Bürgervertrieb nicht immer sehr einträglich erschien.

Anfangs wurden kleine Mengen, da die französische und englische Besatzungsbehörden ein strenges Ausfuhrverbot erlassen hatte, im Einverständnis mit den feindlichen Behörden in das unbesetzte Gebiet geschmuggelt. Da jedoch im Laufe der letzten sechs Monate so große Mengen von Fleisch und Fettwaren im linksrheinischen Gebiet aufgeschleppt wurden, daß nach Maß eines großen Teiles des früheren Besatzungsgebietes mit einem Verderben der beträchtlichen Nahrungsmitteleinfuhr gerechnet werden mußte, hob die Besatzungsbehörden das Verbot auf und gestattete die Ausfuhr jedweder Mengen. Jetzt wurden die Besatzungsgruppen die offiziellen Vermittler der Händler, das hat sich ein rechtliches Handelsgefährlich entwickelt, das mit ganz feinen rechtlichen Prozeduren rechnet. Offiziere vermitteln den Verkäufern Waggons mit Lebensmitteln gegen tarifliche Provision, und der Rest, der in der Übergang der gekauften Mengen gestattet, erfüllt ebenfalls seinen Anteil und macht kein einträgliches Geschäft. Schließlich erweiterte man die Ausfuhr auch auf Zugvorräte und Nebenstoffe, und man kann geneigt sein, diesen legittimen Handel den militärischen Vermittlern zu verdanken.

Da die deutschen Reichsbehörden diese unkontrollierbare Einfuhr nicht dulden wollen, wurde sich zunächst der deutsche Reichskommissar für Ein- und Ausfuhr an die fremden Besatzungsbehörden, diesen Handel zu verbieten. Der Schritt war jedoch ebenso erfolglos wie die Versuche der Regierung, ein Ausfuhrverbot durchzuführen, unter Hinweis auf die durch diesen Scheitern entstehende Volksnot. So tritt man nun zur Beschlagnahme durch das Landespolizeiamt. Dieses Amt sucht durch Willkürkommandos auf den großen Eisenbahnstationen, wie durch ein Herz von Kriminalbeamten, möglichst viel Ware zu erfassen. Nunmehr hat das Reichsernährungsamt in Verbindung mit dem Wirtschaftsministerium eine neue Aktion eingeleitet, um den wilden Handel im Rheinland zu unterbinden und die Lebensmittel selber anzufahren. Ob ihm das glückt, ist allerdings fraglich, denn die feindlichen Besatzungsgruppen werden sich ihr einträgliches Geschäft nicht gern aus der Hand nehmen lassen.

In der Bevölkerung hebt man überhört dieser ganzen Aktion der Reichsbehörden mit einigem Unbehagen gegenüber. Man ist allgemein sehr froh, daß aus dem besetzten Gebiet Waren hereinkommen, die als Ergänzung der knappen rationierten Rationen dienen. Das hat ganz natürlich seine Berechtigung, und man ist sehr froh, daß man sich in der Besatzungsgebiete für die Reichsbehörden, der fünf Jahre lang ausgehenden Bewässerung den Weg dieser Lebensmittel zu erschweren. Bei Zugvorräten könnte ja eine andere Regis verständlich sein. Bei Lebensmitteln aber nicht. Diese brauchen wir. Wenn die Reichsbehörden Lebensmittel jetzt selber aufkaufen wollen, und sie billiger auf den Markt bringen als der Handel, so wird das natürlich jedermann sehr erwünscht sein. Die Selbsthilfe der Bevölkerung aber unterbinden, weil es in irgendwelche bürokratische Schablone nicht hineinpaßt, oder weil die Kriegsgesellschaft dabei nicht ihre Hand im Spiele haben können — das soll man unterlassen.

Tarifverhandlungen in der Metallindustrie

Berlin, 7. August.
Die dreitägigen Verhandlungen zwischen dem Verband der Metallindustriellen und den Vertretern der Angehörigen im Reichsarbeitsministerium unter Leitung des Regierungsrats Sigler haben zu einer vollen Einigung über die grundsätzlichen Fragen geführt. Die beiden Parteien werden nunmehr über die endgültige Formulierung allein weiter verhandeln, so daß mit einem förmlichen Abschluß des Tarifvertrages zu rechnen ist.

Die neue Verfassung

Weimar, 7. August.
Die Verhandlung der Verfassung soll am nächsten Sonnabend stattfinden. Sie tritt dann sofort in Kraft. Man nimmt in maßgebenden Kreisen an, daß in den nächsten Tagen der Reichsministerkommission noch mehrere unauflösbare Gegenstände vorgelegt werden. Es tritt nämlich mit Veröffentlichung der Verfassung sofort an Stelle des Staatensouveräns der Reichstag. Man betrachtet nun, daß eine Art Reform entstehen kann. Nach der Verfassung soll die Reichsministerkommission als Reichstag weiter bestehen bleiben. Man hat es jedoch unterlassen, für den Staatensouverän eine ähnliche Bestimmung einzufügen, so daß dieser mit dem Tage des Inkrafttretens der neuen Verfassung aufhört zu bestehen. Daher wird ein Reichstag zusammengelegt werden. Das dürfte aber innerhalb einiger Zeit in Anspruch

kommen. Es kommt denn für die Zeit, in der es keinen Staatensouverän gibt, der Reichstag aber noch nicht zusammengefaßt ist, keine neue Gesetzgebung der Nationalversammlung mehr eingebracht werden, da diese sämtlich erst dem Staatensouverän nach dem Inkrafttreten der Verfassung dem Reichstag vorgelegt werden müssen. Man glaubt nun einen Ausweg dadurch gefunden zu haben, daß die neuen Gesetzgebungsorgane, die unbedingt in dringender Weise werden sollen, nach in diesen Tagen eingebracht werden, damit sie dem Staatensouverän vorgelegt werden können.

Die Heimförderung der Kriegsgefangenen

Im französischen Sommerausflug teilte die „Revue“ mit, daß die Heimförderung der deutschen Kriegsgefangenen für dieses Jahr ein Ziel der Regierung ist.

Volk, Regierung und Kriegsgefangene

Vor einigen Tagen haben sich an dem Reichstag des Bundes eine Anzahl von tüchtigen Frauen zu einem Bundesversammlungssitzung, um durch einen an die gesamte deutsche Frauenwelt gerichteten Aufruf zum Ausdruck zu bringen, daß sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften gegen die weitere Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen Einspruch erheben. In diesem Aufruf heißt es:

„Die Verzögerung in der Freigabe unserer Kriegsgefangenen erweist auf der Tagung des „Volksbundes“ am 20. Juli d. J. bei den anwesenden Frauen einen Sturm der Verzweiflung und Empörung. Die Vertreterinnen der Ortsgruppen beschloßen spontan, an der Befreiung der Gefangenen sich zu beteiligen, und der hierüber gefaßte Beschluß erhielt durch die Erklärung verschiedener Landesgruppen des „Volksbundes“ zur nächsten Witzsche entsprechende Bestätigung.“

Es wurde beschlossen, einen Aufruf an sämtliche Frauen des deutschen Volkes und im besonderen an jene, deren Angehörige noch in Gefangenschaft sind, zu richten. Der Aufruf fordert schnellsten Zusammenfluß, damit die deutschen Frauen für den Fall einer Entscheidung, die gegen den Friedensvertrag lauten sollte, gewappnet sind. Die vorbereitenden Schritte werden sofort jetzt unternommen. Es bedarf hierzu der Unterstützung und vor allem der Einheit sämtlicher Frauen.

Die Vereinigung führt den Namen:

„Bund deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen.“

Er umfaßt bereits heute fast eine Million Angehöriger. Die Geschäftsadresse ist Berlin S. 68, Zimmerstr. 72-74.

Im Anschluß daran veröffentlichten wir folgenden Aufruf aus einem Brief, den ein deutscher Kriegsgefangener (Bielefeld) aus einem englischen Gefangenenlager an seinen Vater gerichtet hat:

„... den 19. Juli 1919.
Folgender, in deutscher Uebersetzung wiederzugeben, Brief wurde mit heute zur Bekanntmachung vorgelegt:
Die britische Regierung wünscht allen Kriegsgefangenen bekannt zu geben, daß trotz wiederholter Aufforderung an die deutsche Regierung nach keine Delegationen eingetroffen sind, um über Maßnahmen für die Rückführung der Kriegsgefangenen zu beraten. Bevor diese Delegationen nicht eintreffen, am Vorarbeiten für den Transport zu treffen, kann nichts getan werden.“

Die letzte Zeit, Verhandlungen treffen zu wollen, daß dieser Brief in deutschen Zeitungen veröffentlicht wird, um die zuständigen Persönlichkeiten zu brandmarken, die ihre deutschen Brüder das leidende Los der Gefangenschaft längere Zeit aufbürden. Gleichzeit soll die Veröffentlichung dazu dienen, daß deutsche Väter und Mütter, Schwäger und Verwandte die deutsche Regierung zwingen, die Kriegsgefangenen zu erfassen.

Aus zahlreichen Briefen der Kriegsgefangenen spricht die Vermutung, daß die deutsche Regierung sich wohl für die schnelle Heimförderung unserer Gefangenen zu sorgen, weil diese von den glorreichen Zuständen der deutschen Republik nicht entfernt sein würden. Auch im Ausland hört man nicht selten glänzende Stimmen. Für das gute Wohlwollen der Regierung kein günstiges Zeichen.

Wie erhalten wir unsere Kriegsgefangenen zurück?

Gegen Auslieferung der Deutschen!

Man hat sich in den zurückliegenden Monaten in Deutschland viel darüber den Kopf zerbrochen, was wohl zu tun wäre, um unsere Kriegsgefangenen schnell wiederzubekommen. Nun hat der sozialdemokratische „Volksbote“ in Rumburg ein Mittel erfunden, das wir unsern Lesern zur Kennzeichnung sozialdemokratischer Denkmäler nicht borenhalten möchten. In selbstbestimmter Entschiedenheit schreibt dies Schandblatt:

„Es gibt ein Mittel, um aus diesem Dilemma schnell herauszukommen, wir erhalten sofort unsere Kriegsgefangenen, und die Entente bekame die mehrfach schuldigen Kriegsverbrecher in ihre Hände, und unser armes, schmerzgeplagtes Vaterland hätte im Innern Ruhe vor diesen nationalen Mauthafen und Lieberproleten. Und dieser Ausweg heißt: Restlose Auslieferung aller Deutschen nationalen und sonstigen schuldig befundenen Personen zum Aufbau der zerstörten Gebiete in Belgien und Frankreich! In jeder Stadt sind ja die Kriegsgefangenen und Gegner der Republik bekannt, also heraus mit diesen Schädlingen aus Deutschland, zum Aufbau verwandt, damit sie sich wenigstens auf diese Weise nützlich machen; das würde sie auch zugleich von ihrem Kriegsmotiv harteren! Hier in Rumburg kämen von diesen Schandgeiseln als erste der schuldigste Richard Schaeffe und der bekannte Oberleutnant Vriesborn in Betracht. Als persona grata käme u. a. Frau Anna Döller und der Archibald Miller hinzu; auch Dr. Schiele sei nicht deraus. Durch den Austausch dieser (!!) Gewalttäter gegen unsere Kriegsgefangenen bekämen wir Ruhe, und die Entente hätte die nötigen Arbeiter zum Aufbau der zerstörten Städte und Dörfer. Gleichzeit könnten die Hingelassenen Offiziere und Reder-Truppen noch arbeiten, damit auch sie wieder einer nützlichen Beschäftigung zugeführt werden.“

Wenn das Blatt meint, daß diejenigen Elemente aus Deutschland heraus müßten, die es im Innern nicht zur Ruhe kommen lassen, so würden damit in erster Linie alle sozialdemokratischen Parteifunktionäre gemeint sein, die Deutschland in den Kampf der Revolution gestochen haben. In England und Frankreich wären diese erblichen Verdräcker längst auf dem Sandhaufen fast gemacht worden. Man kann es verstehen, daß diesen niederträchtigen Schurken

die nationalen Kreise Deutschlands im Wege stehen, die eben verbinden wollen, daß Deutschland durch den internationalen Sozialismus gänzlich verunruhigt und verunsichert bleibt. Es ist keine nationale Elemente mehr gäbe, keine Offiziere und „Kosaken“, dann würden die deutschen Sozialdemokraten dem schuldigen Baumrunder „Volksboten“ auch nicht bei Wünderungen von Schurken und Wägen, deren bei der Ermordung von Schurken und ähnlichen Söldnern gefürchtet werden, was aber zu der „Volksbote“ durchaus die „Gewalttäter“ sein wollen will, sollte er in seinem Verstande alle sozialdemokratischen Parteiführer nachhaft machen, denn durch diese Gewalt ist die Sozialdemokratie zur Regierung gelangt. Wenn die Hingelassenen Deutschen auch solche in Anführungsgesellschaften zum Wiedereintritt nach Deutschland in die Hände, dann kann in erster Linie die schmerzgebenden Beziehungen in Betracht, zu denen der „Volksbote“ in enger Weise der laubere „Volksbote“ ausnützlich sein wollen, kann für die Betroffenen nur ehrenvoll sein, da es für diejenigen immer ein gutes Zeugnis bedeutet, die als Gefangenenklumpen als Feinde verfolgt werden. Am liebsten werden die während des Krieges eingetragenen Gefangenenrecht vorzüglich herangezogen, um — nicht hineinzutreten.

Die Französisierung des Elsaß

(Eigene Drahtmeldung der „S.“)

XX Freiburg, 7. August.
Die französischen Behörden geben sich die entscheidende Mühe, die Elsaßsierung in Elsaß zu beschleunigen. Die Straßburger werden gegenwärtig nur aus der Französisierung der französischen Sprache für die Bevölkerung abgehalten. Die Straßburger werden fast ausschließlich von Angehörigen der Bourgeoisie gebildet, während die Angehörigen der unteren Bevölkerungsschichten kaum französisch verstehen. Die Straßburger sind zur Teilnahme am Elsaßsierungswesen verpflichtet. Am 1. Oktober an wird die deutsche Sprache in den Elsaßschulen abgelehrt.

XX Karlsruhe, 7. August.

In den letzten beiden Wochen haben die Elsaßsierungsausschüsse in Elsaß auf höchstem Gebiet eingeleitet. Die französische Regierung geht offensichtlich darauf aus, die Elsaßsierung nach und nach restlos auszuführen. Die Elsaßsierungsausschüsse in Elsaß sind in der Regel aus den Elsaßsierungsausschüssen in Elsaß gebildet. Die Elsaßsierungsausschüsse in Elsaß sind in der Regel aus den Elsaßsierungsausschüssen in Elsaß gebildet. Die Elsaßsierungsausschüsse in Elsaß sind in der Regel aus den Elsaßsierungsausschüssen in Elsaß gebildet.

Die Absonderung der Pfalz

(Eigene Drahtmeldung der „S.“)

XX Rannau, 7. August.
In der Rheinpfalz machen sich Weltbewegungen geltend, welche den Verein zu erzwingen suchen, daß die Pfalz in der Provinz Elsaßsierung einbezogen werden. Die Elsaßsierungsausschüsse in Elsaß sind in der Regel aus den Elsaßsierungsausschüssen in Elsaß gebildet. Die Elsaßsierungsausschüsse in Elsaß sind in der Regel aus den Elsaßsierungsausschüssen in Elsaß gebildet. Die Elsaßsierungsausschüsse in Elsaß sind in der Regel aus den Elsaßsierungsausschüssen in Elsaß gebildet.

Der englische Bäckerstreik

(Eigene Drahtmeldung der „S.“)

Rosenberg, 7. August.
Der englische Bäckerstreik hat die letzten Wochen angenommen. Tausend Arbeiter nur die kleinen Bäckereien, während fast alle großen Bäckereien ihre Betriebe einstellen mußten. Es ist unmöglich, daß die kleinen Bäckereien auf die Dauer im Stande sind, den Bedarf des Landes, vor allem der Hauptstadt, zu decken. Die Regierung will aber nicht einschreiten, außer dem Reichsgesetz, welches die Bäckerstreik vorzuziehen. In der großen englischen Streikbewegung zeigt sich ein energischer Zug nach links. Es zeigt sich immer deutlicher, daß die Arbeiter der Führenden der Gewerkschaften immer mehr einengen. Der Streik der Innungen befindet sich nach wie vor in Rumburg. Die Innungen sind in der Regel aus den Innungen in Rumburg gebildet. Die Innungen in Rumburg sind in der Regel aus den Innungen in Rumburg gebildet.

Amsterdam, 7. August.

Der „Telegraf“ meldet aus London: Die Arbeiter der Kohlengruben in Westcoast haben sich entschlossen, die Gemeindefunktionäre der „Times“ zu unterstützen. Die Gemeindefunktionäre der „Times“ sollen gegen die Arbeiter der Kohlengruben in Westcoast vorgehen. Die Arbeiter der Kohlengruben in Westcoast sind in der Regel aus den Arbeitern der Kohlengruben in Westcoast gebildet. Die Arbeiter der Kohlengruben in Westcoast sind in der Regel aus den Arbeitern der Kohlengruben in Westcoast gebildet.

Die internationale Kohlenkommission

(Eigene Drahtmeldung der „S.“)

Amsterdam, 7. August.
In der internationalen Kohlenkommission werden Frankreich, England, Italien, die Niederlande und Belgien vertreten sein. In der internationalen Kohlenkommission werden Frankreich, England, Italien, die Niederlande und Belgien vertreten sein. In der internationalen Kohlenkommission werden Frankreich, England, Italien, die Niederlande und Belgien vertreten sein. In der internationalen Kohlenkommission werden Frankreich, England, Italien, die Niederlande und Belgien vertreten sein.

Freilassung des Kapitänleutnants Kiefewitz

Zur Freilassung des deutschen U-Boot-Kommandanten Kapitänleutnant Kiefewitz sind die Verhandlungen im Gange. Die Freilassung des Kapitänleutnant Kiefewitz ist ein wichtiger Schritt in der Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen. Die Freilassung des Kapitänleutnant Kiefewitz ist ein wichtiger Schritt in der Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen. Die Freilassung des Kapitänleutnant Kiefewitz ist ein wichtiger Schritt in der Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen.

Die Kohlenkonferenz

Berlin, 7. August.
Die unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten am 2. d. M. stattgehabte Kohlenkonferenz hat sich am 7. d. M. geschlossen. Die Konferenz hat sich am 7. d. M. geschlossen. Die Konferenz hat sich am 7. d. M. geschlossen.

Die unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten am 2. d. M. stattgehabte Kohlenkonferenz hat sich am 7. d. M. geschlossen. Die Konferenz hat sich am 7. d. M. geschlossen. Die Konferenz hat sich am 7. d. M. geschlossen.

Die unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten am 2. d. M. stattgehabte Kohlenkonferenz hat sich am 7. d. M. geschlossen. Die Konferenz hat sich am 7. d. M. geschlossen. Die Konferenz hat sich am 7. d. M. geschlossen.

Die unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten am 2. d. M. stattgehabte Kohlenkonferenz hat sich am 7. d. M. geschlossen. Die Konferenz hat sich am 7. d. M. geschlossen. Die Konferenz hat sich am 7. d. M. geschlossen.

Content-Kontrolle deutscher Fabriken

Am autonomen Stelle erhalten wir: Von Seiten der deutschen Regierung ist Klage darüber geführt worden, daß eine Anzahl Fabriken im besetzten Gebiet einer Kontrolle durch die englische Konzentration unterzogen werden, gegen die sich die Fabriken in der Regel nicht wehren können.

Gegen die Amerikanisierung der deutschen Industrie

Der Vorstoß, die Arbeiter am Wiederaufbau der deutschen Industrie durch Geschäftsanteile und Aktienaktionen zu interessieren, gewinnt zusehends an Bedeutung. Besonders verdient gemacht hat sich in dieser Hinsicht die Deutsche Reichsbahn. Gerade jetzt, wo die Aktionäre vor der Notwendigkeit stehen, erhebliche Teile ihres Aktienbesitzes abzulassen, ist diese Möglichkeit, den Wiederaufbau auf breiterer Grundlage zu vertieren, von wesentlicher gehaltener Bedeutung.

Streikanklage zur Voraussetzung hat.

Auch auf diesem Wege wird das Eindringen ausländischer Kapitalien in die deutsche Industrie erschwert. Die streikende Industrie hat sich in der letzten Zeit sehr erfolgreich behauptet. Die streikende Industrie hat sich in der letzten Zeit sehr erfolgreich behauptet.

Die erste Ruhrreise in Frankreich.

Der 'Telegraph' meldet aus Paris vom 3. August: Heute ist die erste Ruhrreise in Frankreich angetreten. Die Ruhrreise in Frankreich ist ein wichtiger Schritt in der Lösung der Ruhrfrage.

Provinz Sachsen

Beamte und Arbeiter gegen ein Großhürten

Das die Abtretung preussischer Gebiets an ein zu bildendes Großhürten nicht nur von Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft der betroffenen Gegenden scharf zurückgewiesen, sondern auch von den Beamten und Arbeitern, ja daß darüber hinaus als das Zweitmögliche und Wichtigste die Angliederung Hürten an einen größeren Bundesstaat gefordert wird.

Das die Thüringer durch einen Anstoß an Preußen Mitleid haben, geht aus klar und deutlich aus den Worten des Ministers Heine in der Nationalversammlung hervor, wonach das alte preussische Verwaltungssystem das einzige gewesen ist, das es in der Welt gegeben hat.

ch. Teudern, 6. August. (Weigeler Streif.)

Der Streif auf Grube 'Kohlau' ist beendet. Nach mehrtägigen Verhandlungen haben die Arbeiter sich bereit erklärt, morgen die Arbeit wieder anzunehmen. Die Arbeit hat folgende Maßnahmen: Die Grube besetzt für die Arbeiter ab und zu Schichtmäßig. Jedoch einer gerechten Verteilung wurden Maschinen ausgeben und die Lebensmittel nur gegen deren Mische ausbezahlt.

Wernigerode, 6. August. (Der Sara II.)

Die Wernigeroder Oberförster-Roth-Weg ein. Der vertriebene Wernigeroder Oberförster-Roth-Weg ein. Der vertriebene Wernigeroder Oberförster-Roth-Weg ein.

Colledorf, 6. August. (Kandaberstreif.)

Die Kandaberstreifung in Kandaber ein. Der vertriebene Kandaberstreifung in Kandaber ein. Der vertriebene Kandaberstreifung in Kandaber ein.

Wader I gegen Berlin I

Am Sonntag, den 10. d. M., spielt die Gigantmannschaft des S. P. Wader I gegen Berlin I. Die Gigantmannschaft des S. P. Wader I gegen Berlin I. Die Gigantmannschaft des S. P. Wader I gegen Berlin I.

Wader I gegen Berlin I

Am Sonntag, den 10. d. M., spielt die Gigantmannschaft des S. P. Wader I gegen Berlin I. Die Gigantmannschaft des S. P. Wader I gegen Berlin I. Die Gigantmannschaft des S. P. Wader I gegen Berlin I.

Vertrauen am Sos.

Am Sonntag, den 10. d. M., spielt die Gigantmannschaft des S. P. Wader I gegen Berlin I. Die Gigantmannschaft des S. P. Wader I gegen Berlin I. Die Gigantmannschaft des S. P. Wader I gegen Berlin I.

Deutsche Turnerschaft

Die Deutsche Turnerschaft wird im Herbst d. J. eine Verammlung der Kreisverbände einberufen, die sich mit der Erzielung verlässlicherer wichtiger Fragen zu befassen hat. So soll der Jahresbericht in Zukunft bestehen aus dem 1. und 2. Bericht.

Wernigerode, 6. August. (Der Sara II.)

Die Wernigeroder Oberförster-Roth-Weg ein. Der vertriebene Wernigeroder Oberförster-Roth-Weg ein. Der vertriebene Wernigeroder Oberförster-Roth-Weg ein.

Colledorf, 6. August. (Kandaberstreif.)

Die Kandaberstreifung in Kandaber ein. Der vertriebene Kandaberstreifung in Kandaber ein. Der vertriebene Kandaberstreifung in Kandaber ein.

Vertical text on the left margin containing various small notices and advertisements.

Vertical text on the right margin containing various small notices and advertisements.

